

Rede kleiner Parteitag, 15.9.12, TOP Finanzkonzept

es gilt das gesprochene Wort

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Januar hatten wir einen dreigliedrigen Plan für das Jahr 2012 beschlossen, dieser war nicht ganz konform mit unserem gültigen Finanzkonzept. Aus dem Grund hatte sich der Finanzbeirat die Erarbeitung eines neuen Finanzkonzeptes auf die Fahnen geschrieben. Unser Werk liegt euch heute zur Beschlussfassung vor.

Auf den ersten Blick sieht das Konzept ganz anders aus, als unser bis jetzt gültiges. Auf dem zweiten Blick werdet ihr sehen, dass wir es der dreigliedrigen Form angepasst haben und nur wenige inhaltliche Änderungen vorschlagen.

Was ist nun inhaltlich anders als bisher:

Im Punkt 2 (vormals Punkt 3 b) – Verteilung der finanziellen Mittel im Landesverband – werdet ihr feststellen, dass kein konkretes Aufteilungsverhältnis mehr benannt wird. Wir haben hier festgelegt, dass ein Änderungsantrag gestellt werden muss, um das derzeit gültige Aufteilungsverhältnis zu ändern. Das heißt, für das Jahr 2013 liegt heute kein Änderungsantrag vor, demzufolge gilt das Aufteilungsverhältnis von 53 zu 47 und die damit im Januar diesen Jahres verbundenen Festlegungen. Darauf möchte ich an einer anderen Stelle nochmals zurückkommen.

Konkretisiert haben wir an dieser Stelle, wer über das Beitragsaufteilungsverhältnis entscheidet. Bisher sollte das auf einem Landesparteitag geschehen und es musste bis Oktober des laufenden Jahres für das Folgejahr erfolgen. Das war kaum möglich, da wir meistens im November Landeparteitage durchführen.

Jetzt muss das Aufteilungsverhältnis vor den Plangesprächen bzw. bis zum September für das folgende Jahr geändert werden. Das heißt, wir gehen mit konkreten Angaben in die Planung.

Im jetzigen Pkt. 3 a – Anstrich Personal (vormals Punkt 4 – Anstrich Personal) schlagen wir ebenfalls konkretere Regelungen vor. Es bleibt dabei, dass das hauptamtliche Personal in den Kreis- bzw. Stadtverbänden von ihnen finanziert werden muss. Ändern wollen wir, dass die Mitfinanzierung durch den Landesvorstand bis zu den Plangesprächen geklärt werden muss. Ansonsten gilt auch hier die Festlegung aus dem Vorjahr. Das heißt, liebe Stadtverbände, jetzt was klären oder es gilt das Vereinbarte von 2012 auch für 2013.

Im Punkt 3 b – Anstrich Wahlkämpfe (vormals Pkt. 4 b – Anstrich Wahlen) wollen wir klare Aussagen, wer was finanziert. Auch hier müsste jetzt nach unserem Vorschlag geklärt sein, wer welche Rechnungen auf welcher Ebene zu bezahlen hat!

Neu in unserem Vorschlag gegenüber dem bisherigen Konzept ist der Pkt. 3 c- unsere gemeinsamen Aufgaben. Ich möchte hier auf die Anstriche politische Arbeit und Jugend hinweisen. Bei der pol. Arbeit werdet ihr die Übernahme der GEZ-Kosten finden. Vom Landesschatzmeister wird zurzeit geklärt, wie mit den Veränderungen umgegangen werden soll. Deshalb auch unser Vorschlag, dass die Summe für den gesamten Landesverband gleich vom Landesvorstandskonto bezahlt wird.

Der Anstrich Jugend ist neu. Zukünftig soll es einen landesweiten Fonds für die Linksjugend solid geben. Das beutet nicht, dass die Kreise sich nicht mehr um die Jugendarbeit kümmern brauchen und auch kein Geld mehr dafür planen sollen. Wir wollen mit der Festlegung eine Vereinfachung der Abrechnung und ein Gleichbehandlung der Linksjugend solid erreichen.

Mehr Änderungen wollen wir nicht vornehmen. Wir haben Passagen, die schon in den Bundes- und Landessatzungen sowie in der Bundes- bzw. in der Landesfinanzordnung geregelt werden, im vorliegenden Konzept gestrichen. Aus unserer Sicht, ist unser Vorschlag konkretisierter und übersichtlicher als das bisherige Konzept.

Der Finanzbeirat hat das Finanzkonzept dem Landesvorstand vorgelegt, der hat minimale redaktionelle Änderungen vorgenommen, denen wir nicht wieder sprachen haben. Einziges Manko an der Sache ist, dass keiner (außer der LV) mit uns über den Entwurf des Finanzkonzeptes diskutieren wollte. Wir nehmen an, dass unser Vorschlag gut ist und alle dem zustimmen wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich will noch mal auf das gültige Beitragsaufteilungsverhältnis zurück kommen. Wir können über die Auswirkungen der beschlossenen Veränderungen keine großen Analysen vornehmen. Bisher liegen uns nur die Halbjahresabrechnungen vor. Außerdem findet ja der diesjährige Landesparteitag erst noch statt. Wir werden uns im nächsten Jahr, wenn der Jahresabschluss vorliegt, alles noch mal genau ansehen und analysieren. Trotzdem schlagen wir vor, dass wir 2013 wie 2012 verfahren.

Abschließend möchte ich noch mein Versprechen vom Januar dieses Jahres einlösen. Ich hatte euch versprochen, euch nochmals mit der Beitragssäumigkeit zu nerven. Dass dies unbedingt notwendig ist, zeigt die Drucksache 132.

Im Januar hatte ich darauf hingewiesen, dass über 13 % unserer Mitglieder noch beitrags säumig waren. Unser Wunsch, dass es weniger werden, hat sich ja erfüllt. Wenn ihr aber denkt, dass der Finanzbeirat euch dafür lobt, muss ich euch enttäuschen. Der besagten Vorlage könnt ihr entnehmen, dass es immer noch 286 Mitglieder gibt, die für 2011 keine Beiträge bezahlt haben. Das heißt, dass wir 286 Mal keinen Kontakt zu unseren Genossinnen und Genossen hatten. Dass es anders geht, zeigen die beiden Gliederungen, die an der Stelle eine Null stehen haben. Auch wenn sich die Beitragssäumigkeit vom Mai dieses Jahres bis zum August minimiert hat, ist das kein Grund zur Freude. Auch hier kann ich nur auf die Gebietsverbände hinweisen, die weniger als 10 Beitragssäumige haben. Die hohe Zahl ist uns unerklärlich, auch weil wir als Finanzbeirat euch in Form von Musterbriefen Hilfestellung gegeben haben. Wir unterstützen die Beschlussvorschläge und werden die Umsetzung aufs Genaueste prüfen. Und ich sage heute schon, wir nerven euch mit diesem Thema weiter. In Richtung der Kreisvorsitzenden möchte ich sagen, wenn es Probleme mit der Beitragskassierung gibt, ist die Klärung nicht nur die Aufgabe eurer Schatzmeisterin bzw. eures Schatzmeisters. Das ist die kollektive Aufgabe eines Kreisvorstandes.

Im Auftrag des FBR bitte ich euch, den Drucksachen 133 und 132 zuzustimmen.